

Standpunkt

Diskussionsimpulse und Konzepte des Landesbüros Hessen der Friedrich-Ebert-Stiftung

Gescheiterte Integration ist das Scheitern der Gesellschaft

Integration heisst: Soziale Ungleichheit bekämpfen, nicht kulturelle Identität einebnen

Marc Phillip Nogueira*

AUF DEN PUNKT GEBRACHT

Integration ist in aller Munde. Die gute Nachricht ist: Zumindest wird jetzt über Integration geredet. Die schlechte Nachricht ist: Es wird von sehr vielen verschiedenen Dingen gesprochen, wenn von Integration die Rede ist. Sowohl in der Situationsanalyse als auch im Hinblick auf Ursachenforschung und die grundsätzliche Perspektive zukünftiger Integrationspolitik besteht Uneinigkeit. Dabei wird nicht beachtet, dass Migrantinnen und Migranten systematisch benachteiligt werden und oft keine Chance haben, ihre Situation aus eigener Kraft zu verändern. Gesellschaftliche Probleme lassen sich scheinbar einfacher mit einer anderen Kultur und Religion begründen, als den strukturellen gesellschaftspolitischen Versäumnissen auf den Grund zu gehen. Wird der integrationspolitische Blick auf den Migrationshintergrund reduziert, führt dies zu einer kleinteiligen Integrationspolitik, die Integration nicht fördert und soziale Widersprüche in Deutschland nicht lösen kann, weil sie deren Ursachen ausblendet.

* Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind vom Autor in eigener Verantwortung vorgenommen worden.

Wer integriert wen wohin? – Kultur und Religion allein erklären nichts

Integration ist eine verbreitete Forderung, bei der oft unklar bleibt was eigentlich gemeint ist. Meist bezieht sie sich auf Personen mit Migrationshintergrund und wird damit begründet, dass diese im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung übermäßig von Sprachproblemen, Bildungsferne und Arbeitslosigkeit betroffen seien. Tatsächlich leben Personen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich häufig in sozial benachteiligten prekären Verhältnissen. Doch es ist ein Fehler, dies ausschließlich als ihr Eigenverschulden anzusehen. Vielmehr ist anzuerkennen, dass diese Menschen systematisch durch wirtschaftliche und soziale Strukturen in unserem Land benachteiligt werden und oft keine Chance haben, ihre Situation zu ändern. Gesellschaftliche Probleme lassen sich oft scheinbar einfacher mit einer anderen Kultur oder Religion begründen, als mit den eigenen strukturellen gesellschaftspolitischen Versäumnissen und Mängeln. Zieht z. B. eine muslimische Familie in ein ruhiges Mehrfamilienhaus mit überwiegend einheimischen Mietern höheren Alters, so lassen sich etwa Unstimmigkeiten um Kinderlärm nicht zwingend auf kulturelle Unterschiede und Verhaltensweisen zurückführen. Es handelt sich unter Umständen eher um einen Generationenkonflikt. Trotzdem sind reflexartige Deutungen nicht selten, die den Migrationshintergrund als Auslöser sehen. Der Verweis auf Kultur oder Religion erklärt die Ursachen oft nicht, sondern verschleiert soziale Probleme.

Der Migrationshintergrund – Eine Definition ist noch keine Erkenntnis

Der Begriff Migrationshintergrund hat erst seit 2005 Eingang in die amtliche Statistik gefunden und damit offiziell die Rede vom ausländischen Mitbürger abgelöst. Nach der amtlichen Definition bedeutet Migrationshintergrund:

„Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“.¹

Die Definition sollte nicht so eng gefasst werden, dass Gruppen wie Asylsuchende oder Kontingentflüchtlinge herausdefiniert würden „[...]“, andererseits sollten auch nur jene Menschen eingeschlossen werden, bei denen sich zumindest grundsätzlich ein Integrationsbedarf feststellen lässt.“¹ Einen Migrationshintergrund können also auch Menschen haben, die eigentlich in Deutschland geborene Deutsche sind. Die Betroffenen können diesen Migrationshintergrund aber nicht an ihre Nachkommen „vererben“. Dies ist dagegen bei zugewanderten und in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländern der Fall.

Die Ursachen werden verschleiert: Integration ist eine soziale Frage

Rund ein Fünftel der Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund.¹ Für diese Menschen bedeutet dies, dass sie oftmals über Generationen hinweg ausgegrenzt werden und nur sehr schwer eine Identität als gleichberechtigter Teil dieser Gesellschaft, gegebenenfalls auch als deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, entwickeln können. Das ist so, weil der Begriff Migration in der Regel mit Defiziten in Verbindung gebracht wird. Ebenso wie die Bezeichnung „ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger“ löst die Bezeichnung „Deutscher mit Migrationshintergrund“ bei vielen die Vorstellung aus, diese Menschen müssten aufholen, dazulernen und gehörten nicht wirklich dazu. Anstatt anzuerkennen, dass die ehemals „ausländischen Mitbürger“ in vielen Fällen zu ganz „normalen“ Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern geworden sind, werden wichtige Ressourcen verschenkt, indem man sie bis in die dritte Generation hinein als Personen mit Migrationshintergrund ausweist, und sie damit zu potentiell nicht integrierten abstempelt. Für Gelingen oder Scheitern der Integration werden Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund oft selbst verantwortlich gemacht. Für eine differenzierte Betrachtung der sozialen Ursachen von Problemen, lässt sich kaum jemand gewinnen. Der Begriff Migrationshintergrund erklärt wenig, aber verschleiert viel. Er sagt weder etwas darüber aus, welcher sozialen Schicht jemand angehört, noch über welche Ausbildung die Person verfügt oder ob sie sich als Teil der Gesellschaft fühlt.

Die Verachtung der Armen und Abgehängten ist das Problem

Vorurteile gegenüber anderen Kulturen vermischen sich oft damit, dass niedrigere soziale Schichten im Allgemeinen abgelehnt werden. Anstatt anzuerkennen, dass die Gesellschaft benachteiligten Gruppen helfen müsste, wird den Hilfsbedürftigen vorgeworfen, sich nicht zu integrieren. Dies gilt nicht nur für Zugewanderte und deren Nachkommen, denn auch bei einigen Einheimischen existiert durchaus „Integrationsbedarf“. Auch sie verfügen zum Teil über wenig Bildung, gehören einer niedrigen sozialen Schicht an und haben keinen Zugang zum kulturellen Leben. Wenn mal „die Muslime“, mal „die Türken“ und mal Hartz IV-Empfänger pauschal als „Sozialschmarotzer“ beschimpft werden, dann wird damit die Verpflichtung der Gesellschaft abgelehnt, sozialen Zusammenhalt immer wieder zu erneuern. Diese Angriffe richten sich gegen die Verlierer und Schwächsten unserer Gesellschaft.

Spracherwerb, Integration in das Bildungssystem oder den Arbeitsmarkt, liegt auch im Interesse der Betroffenen selbst. Durch die Reduzierung auf solche, in der Debatte immer wiederkehrenden, verachtenden Forderungen wird ignoriert, dass nicht Nationalitäten, Herkunft oder die Verweigerung der Betroffenen soziale Probleme verursachen, sondern strukturelle Ungerechtigkeiten und Ausgrenzungen. Dabei profitieren von der Hilfe für Schwächere nicht nur diese, sondern auch die Gesellschaft als Ganzes. Denn Gesellschaften, die das Auseinanderdriften in Arm und Reich möglichst abmildern, sind erfolgreicher.

Gute Integrationspolitik ist umfassend

Integration nicht nur zu fordern, sondern sie auch zu gestalten, bedeutet zu prüfen, worin die sozialen und ökonomischen Benachteiligungen bestehen und ihnen konsequent entgegenzuwirken. Jede und Jeder muss – unabhängig von sozialem Status, Herkunft und kulturellem Hintergrund – aktiv und gleichberechtigt am sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben teilnehmen können. Integrationspolitik gelingt, wenn sie als ein Element von Gesellschaftspolitik verstanden wird und einzelne Politikfelder ineinander greifen. In den Kommunen muss mit Beratungsangeboten, Sozialarbeit und Hilfestellungen ein Umfeld geschaffen werden, das individuelle Entwicklungschancen eröffnet. Eine solche Politik wird allen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommen. Menschen mit Migrationshintergrund werden jedoch überproportional profitieren, da sie überproportional von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen sind.

Sprache als Schlüssel

Ohne eine gemeinsame Sprache ist eine demokratische Gesellschaft nicht vorstellbar. So ist die Beherrschung der deutschen Sprache eine wesentliche Voraussetzung für Integration. Denn davon hängen auch die persönliche Zukunft und die Chancen am Arbeitsmarkt ab. Migrantinnen und Migranten haben oft Defizite in der deutschen Sprache. Schlechte Sprachkenntnisse bedingen einen niedrigeren Bildungsgrad und umgekehrt. Integrationskurse werden erst seit 2005 verbunden mit umfassenden und bundesweit einheitlichen Sprachkursen angeboten. Die Teilnahme an Integrationskursen sollte aber nicht mit Sanktionen erzwungen werden, wie es derzeit das Aufenthaltsgesetz für nicht EU-Bürgerinnen und -Bürger vorsieht. Angebote müssen freiwillig angenommen werden, wenn sie bei der Zielgruppe nicht als Disziplinierung verstanden werden sollen. Gerade für Migrantinnen und Migranten, die nicht erwerbstätig sind und z.B. vorrangig häusliche oder Erziehungsaufgaben wahrnehmen, ist die Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen besonders wichtig.

Insbesondere bei Kindern und Jugendlichen ist Mehrsprachigkeit kulturelle Realität. Das ist kein Problem, sondern eine wesentliche Ressource für zukünftigen Erfolg. Denn sichere Zweisprachigkeit erhöht die Chancen am Arbeitsmarkt. Vorhandene Sprachpro-

bleme sind dagegen kein rein kulturelles, sondern auch ein soziales Phänomen, das auch in herkunftsdeutschen Familien auftritt. Es mangelt in den Familien, aber auch in den Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen, nicht nur an Geld, sondern auch an Beratungsangeboten und direktem Zugang zu Hilfestellungen wie Sprachfördermaßnahmen.

Gute Bildung für alle

Ein guter Bildungsabschluss ist die beste Voraussetzung für Erfolg und Teilhabe in der Gesellschaft. Doch gerade junge Menschen aus Familien mit Migrationserfahrung verfügen häufig über keinen oder einen gering qualifizierten Bildungsabschluss. Die soziale Herkunft, aber auch mangelnde sprachliche Kompetenzen in der Zweitsprache, führen aufgrund der selektiven Struktur unseres Bildungssystems häufig zu schlechteren Bildungsabschlüssen. Selbst bei gleicher Lesekompetenz und vergleichbarem sozialen Status werden Migrantenkinder bei Gymnasialempfehlungen zudem benachteiligt. Das deutsche Bildungssystem benachteiligt weiterhin die sozial Schwächsten, dies haben IGLU- und PISA-Studien mehrfach belegt. Migrantinnen und Migranten gehören häufig zu dieser untersten sozialen Schicht. Längeres gemeinsames Lernen und der möglichst frühzeitige Besuch von Einrichtungen der frühkindlichen Bildung ist gerade für Kinder aus Einwandererfamilien für einen zukünftigen Bildungserfolg wünschenswert. Wichtig dabei sind Angebote, die Betroffene in Entscheidungsprozesse mit einbeziehen. Der Zwang zu einem verpflichtenden letztem Kindergartenjahr macht deswegen keinen Sinn, eine flexible Schuleingangsstufe dagegen schon.

Für alle Bildungs- und Betreuungseinrichtungen gilt es, ihr Personal interkulturell zu schulen. Dies ist eine notwendige Voraussetzung für pädagogischen Erfolg im Umgang mit Personen unterschiedlicher Herkunft. Lehr- und Erziehungskräfte mit eigenem Migrationshintergrund können zusätzlich als Vorbilder und als Mittler zwischen den Kulturen fungieren. Aber alle Interkulturalität bleibt wirkungslos, wenn eine gleichzeitig notwendige materielle Ausstattung ausbleibt.

Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt abbauen

Gegenwärtig sind Ausländerinnen und Ausländer doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie Einheimische.² Zwar sind sie in Teilarbeitsmärkten wie dem Reinigungs- oder dem Pflegegewerbe die größte

2 Zwar beziehen sich die Zahlen der Bundesregierung auf Ausländerinnen und Ausländer. Aber daraus wird die Forderung abgeleitet: „Menschen mit Migrationshintergrund besser qualifizieren und integrieren“; siehe: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Magazine/emags/ebalance/054/t3-menschen-mit_20migrationshintergrund.html; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; Migranten am Arbeitsmarkt in Deutschland; 2011; S. 7.

Gruppe. Doch meist reichen die Löhne kaum zum Leben. Deswegen beziehen sie doppelt so häufig Leistungen aus der Grundsicherung.³

Die Gründe für gescheiterte Integration von Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt sind vielfältig. Durchschnittlich niedrigere Bildungsabschlüsse und mangelnde Sprachkenntnisse sind nur eine Seite der Medaille. Ein anderes Problem ist die Diskriminierung, welcher Migranten gerade auf dem Arbeitsmarkt unterliegen. Bewerben sich z. B. zwei Personen um einen Arbeitsplatz, dann hat die Person mit einem ausländisch klingenden Namen wesentlich schlechtere Chancen, überhaupt zum Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden.⁴ Hier ist eine offensive Gleichstellungspolitik wichtig, die zugleich bei Unternehmen ein Bewusstsein für das Problem schafft. Ebenso wichtig ist es, die bereits qualifizierten Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt einzubinden, indem ausländische Bildungs- und Berufsabschlüsse umfassend anerkannt werden.

Wohnumfeld gestalten

Integrationsprobleme zeigen sich am deutlichsten dort, wo sich soziale Probleme häufen. Dies erkennt man in Städten und Gemeinden vor allem, wenn viele soziale Probleme wie hohe Arbeitslosigkeit, Kriminalität und niedriger Bildungsstatus in einzelnen Stadtteilen zusammen kommen. Das Wohnumfeld kann dann zur Falle werden. Hier bildet sich ein Milieu, in dem die Schwächsten vom Rest der Gesellschaft abgegrenzt leben. Gerade Kinder, die in ein solches Quartier hinein geboren werden, haben es schwerer, in der Gesellschaft Fuß zu fassen. Die soziale Ausgrenzung wird noch dadurch verstärkt, dass auch Zuwandererfamilien solche Wohngebiete häufig verlassen, sobald sie dies finanzieren können.

Gerade im Wohnumfeld sind deswegen Integrationsmaßnahmen und die Fortführung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ von zentraler Bedeutung. Benachteiligte Stadtquartiere brauchen eine nachhaltige Förderung. Dazu zählen Sanierungsmaßnahmen, Gestaltungen des Wohnumfeldes, aber vor allem eine soziale Betreuung von benachteiligten Gruppen durch soziale Arbeit in wohnortnahen Beratungsstellen oder Bürgerzentren. Aufsuchende Beratung und Hilfe können Familien ebenso wie älteren Bürgerinnen und Bürgern helfen.

Integrationspolitik geht uns alle an

Gute Integrationspolitik erschöpft sich nicht darin, Migrantinnen und Migranten für ihre prekäre Lebenssituation und mangelnde soziale Teilhabe allein verantwortlich zu machen. Nicht die „Integrationsverweigerung“ Einzelner verhindert erfolgreiche Integration, sondern eine falsche Gesellschaftspolitik hat zu mangelnder Integration geführt.

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und stellt sich andauernd in allen Bereichen, in denen Menschen zusammen leben. Sie erfordert große Anstrengungen von denen, die zu uns kommen, aber auch von der aufnehmenden Gesellschaft. Das Anerkennen kultureller und religiöser Unterschiedlichkeit, genauso wie das Austragen von Konflikten und das Benennen von Missständen gehören zu den Grundlagen einer modernen Gesellschaft. Eine Kultur des gegenseitigen Respekts und der Wertschätzung ist Voraussetzung, zu welcher alle Bürgerinnen und Bürger beitragen müssen.

Aufgabe der Politik ist es, Diskriminierungen abzubauen und gesellschaftliche Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass soziale, wirtschaftliche, kulturelle Beteiligung möglich ist. Wo Migrantinnen und Migranten einen besonderen Förderbedarf haben, muss dieser Berücksichtigung finden. Maßnahmen müssen nachhaltig und langfristig sein und nah bei den Menschen ansetzen, weshalb gerade Städte und Gemeinden besonders gefordert sind. Integrationspolitik ist nicht nur eine Aufgabe des demokratischen Gemeinwesens, sondern auch eine Versicherung demokratischer Gesellschaften. Denn sozialer Zusammenhalt und politische Teilhabe sind wechselseitig aufeinander verwiesen. Wer Integration einseitig als Aufgabe von Migrantinnen und Migranten sieht, ignoriert dass eine soziale Demokratie alle Menschen als gleich erachtet.

Der Autor: **Marc Phillip Nogueira** (1980) ist Diplom Soziologe und promoviert an der Johann Wolfgang Goethe-Universität und dem Frankfurter Institut für Sozialforschung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind soziale Ungleichheit, Rechtssoziologie, Integrationstheorien. Als ständiger Sachverständiger berät er die Landtagsfraktion der Hessischen SPD in der Enquetekommission „Integration und Migration in Hessen“.

3 Diese Aussage gilt nach den statistischen Angaben der Bundesagentur für Arbeit nur für Ausländer. Detaillierte nach Migrationshintergrund aufgeschlüsselte Informationen liegen hier bislang nicht vor. Vgl.: Bundesagentur für Arbeit; Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland; Monatsbericht Juni 2011; S. 51.

4 Kaas, Leo; Manger; Christian; Ethnic Discrimination in Germany's Labour Market: A Field Experiment; Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit; IZA DP No. 4741; February 2010.